

**AMNESTY INTERNATIONAL**

Presse

Mag<sup>a</sup>. Gesine Schmiedbauer

Moeringgasse 10 . 1150 Wien

T: +43 1 78008 47. Mobil: +43 664 2359130

E: gesine.schmiedbauer@amnesty.at . W: www.amnesty.at

**PRESSEINFORMATION****AMNESTY  
INTERNATIONAL**

# KOLUMBIEN: 'LEAVE US IN PEACE!' TARGETING CIVILIANS IN COLOMBIA'S INTERNAL ARMED CONFLICT

**ZAHLEN UND FAKTEN****Morde an Zivilisten**

Mehr als 70.000 Menschen sind in Kolumbiens bewaffnetem Konflikt in den letzten 20 Jahren ums Leben gekommen. Die Mehrheit von ihnen waren Zivilisten.

Mindestens 1.400 Zivilisten wurden im Jahr 2007 getötet (etwa 1.300 im Jahr 2006), im Vergleich zu einem Höchststand von 4.000 im Jahr 2000.

Von den Fällen, in denen die Täter bekannt sind, waren Paramilitärs 2007 für mindestens 300 Tötungen von Zivilisten verantwortlich, Sicherheitskräfte für etwa 330 und Gruppen der Guerilla für etwa 260 Tötungen von Zivilisten. Die übrigen circa 500 Tötungen konnten keiner spezifischen Gruppe zugeordnet werden.

**Vertreibung**

Zwischen 3 und 4 Millionen Kolumbiern wurden während der letzten 20 Jahre gewaltsam von ihren Wohnorten vertrieben - das ist die zweithöchste Interne Vertreibungs-Rate weltweit nach dem Sudan.

Die Zahl der durch den Konflikt gewaltsam vertriebenen Menschen wächst weiter. Nicht weniger als 305.000 Menschen wurden 2007 vertrieben. Weitere 270.000 wurden im ersten Halbjahr 2008 gewaltsam vertrieben. Das ist ein Anstieg um 41% im Vergleich zum selben Zeitraum 2007.

**„Verschwindenlassen“**

Zwischen 15.000 und 30.000 Menschen wurden seit Beginn des Konflikts Opfer von „Verschwindenlassen“.

2007 wurden mindestens 190 Menschen Opfer von „Verschwindenlassen“ durch Sicherheitskräfte und Paramilitärs oder werden seit der Entführung durch Guerilla-Gruppen vermisst. Im Vergleich dazu waren es: 180 (2006), 150 (2005), 290 (2004), 500 (2003) und 450 (2002).

**AMNESTY INTERNATIONAL** ist eine von Regierungen, politischen Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen unabhängige Menschenrechtsorganisation. Amnesty kämpft seit 1961 mit Aktionen, Appellbriefen und Dokumentationen für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt. Die Organisation hat weltweit 2,2 Millionen Unterstützer. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

**Entführungen**

Mehr als 20.000 Menschen wurden in den letzten 10 Jahren entführt oder als Geisel genommen.

Die Anzahl der Entführungen ist von einem Höchststand von 3.570 (2000) auf etwas mehr als 520 (2007) gefallen. Zwischen Januar und Mai 2008 wurden 188 Menschen entführt.

Die FARC war 2007 für etwa 120 Entführungen und die ELN für 27 Fälle verantwortlich, daneben wurden 245 Entführungen „gewöhnlichen Verbrechern“ zugesprochen. 126 Fälle konnten keiner spezifischen Gruppe zugeordnet werden.

**Folter**

2007 wurden etwa 80 Fälle von Folter gemeldet, von den Opfern wurden etwa 45 getötet.

Von den Fällen, in denen der Täter bekannt ist, waren die Sicherheitskräfte für etwa 60 Prozent der gesamten Fälle verantwortlich, die Paramilitärs für etwa 27 Prozent und die Guerilla-Gruppen für circa 11 Prozent.

**Landminen**

Kolumbien hat die größte Anzahl an Landminen-Opfern weltweit. Guerilla-Gruppen sind für die meisten Landminen verantwortlich.

2007 gab es 884 Opfer von Landminen, von ihnen starben 193 an ihren Verletzungen. Dies ist eine leichte Verringerung im Vergleich zu 2006, als 1.167 Menschen Opfer von Landminen wurden. Zwischen Januar und Mai 2008 gab es 334 Opfer von Landminen und zurückgelassener Munition.

**Gewerkschafter**

2007 wurden 39 Gewerkschafter getötet oder wurden Opfer von „Verschwindenlassen“, im Vergleich zu 77 (2006). Jedoch wurden bereits in den ersten acht Monaten 2008 mehr Gewerkschafter getötet als im ganzen Jahr 2007.

**Kindersoldaten**

Schätzungen zufolge gibt es zwischen 8.000 und 13.000 Kindersoldaten in Kolumbien, die sowohl von Guerilla-Gruppen als auch von Paramilitärs rekrutiert werden.

**Demobilisierung der Paramilitärs**

Ungeachtet des Demobilisierungsprozesses der Paramilitärs, der von der Regierung finanziert wird, sind paramilitärische Gruppen weiterhin in verschiedenen Teilen des Landes aktiv.

2007 berichtete die Nationale Entschädigungs- und Versöhnungskommission von 3.500 bis 5.000 Kombattanten, die zu den „dissidenten, wiederbewaffneten und wieder auftauchenden“ Gruppen gehören, die in 200 (von 1.098) Verwaltungsbezirken in 22 Departments des Landes operieren.



Ebenfalls 2007 hat die von der Organisation Amerikanischer Staaten eingesetzte Mission zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien (MAPP-OEA) angegeben, dass 22 Gruppen mit etwa 3.000 Kombattanten wieder aufgetaucht sind, angeführt von paramilitärischen Führern mittleren Ranges; sie bestehen hauptsächlich aus einfachen Paramilitärs, die eigentlich demobilisiert sein sollten.

### **Guerilla-Gruppen**

Es operieren noch immer zwei Hauptgruppen der Guerilla in Kolumbien - die Revolutionären Bewaffneten Streitkräfte Kolumbiens (FARC) und die kleinere Nationale Befreiungsarmee (ELN). Beide Gruppen sind für umfassende Menschenrechtsverstöße und Verletzungen des Völkerrechts verantwortlich.

### **Prozess für Gerechtigkeit und Frieden**

Nur etwa 10 Prozent der mehr als 31.000 Paramilitärs, von denen gesagt wird, dass sie demobilisiert wurden, haben Anspruch auf Aufnahme in den Prozess für Gerechtigkeit und Frieden. Dieser garantiert ihnen rechtliche Vorteile, wenn sie als Gegenleistung ihre Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen offen legen.

Etwa 90 Prozent der demobilisierten Paramilitärs profitierten von de facto-Amnestien mit Bezug auf das Dekret 128. Dieses gewährt Mitgliedern illegaler bewaffneter Gruppen Begnadigung, wenn nicht gegen sie wegen Menschenrechtsverstöße ermittelt wird und/oder sie nicht schuldig für solche Verbrechen befunden wurden.

Seitdem die Paramilitärs vor den Ermittlungseinheiten im Rahmen des Prozesses für Gerechtigkeit und Frieden aussagen, wurden mindestens 15 Menschen, die mit dem Prozess für Gerechtigkeit und Frieden in Verbindung stehen, getötet; etwa 200 wurden bedroht. Unter den Opfern waren Personen, die Gerechtigkeit für Menschenrechtsverstöße gegen sie oder ihre Familien suchten, ebenso wie Personen, die Opfer vertraten oder unterstützten.

Gegen mehr als 60 Parlamentarier – die meisten von ihnen gehören der Regierungskoalition im Kongress von Präsident Uribe an – wurde zum Zeitpunkt als dieser Text verfasst wurde durch den höchsten Gerichtshof offiziell oder vorläufig ermittelt aufgrund ihrer möglichen Verbindungen zu paramilitärischen Gruppen.

ENDE/

